

Stand: 09.02.2026 23:06:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/374

"Statt unausgegorener Ankündigungen - Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/374 vom 02.02.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1524 des SO vom 29.02.2024
3. Beschluss des Plenums 19/1826 vom 17.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 17.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl SPD**

Statt unausgegorener Ankündigungen - Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zunächst das bestehende Angebot der Vorkurse „Deutsch 240“ abzusichern und entsprechend den gestiegenen Bedarfen auszuweiten, da Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor allem in der letzten Zeit immer wieder darauf hinweist, dass es wichtig sei, die Kernkompetenz Sprache bei Grundschulkindern zu stärken. Allerdings entfallen in Bayern aufgrund des zunehmenden Personalmangels – sowohl in den Kitas als auch in den Schulen – immer mehr Stunden im Vorkurs „Deutsch 240“.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel verpflichtender Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn sowie daran anknüpfender Sprachfördermaßnahmen umgesetzt werden soll.

Begründung:

In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Staatsregierung das Ziel gesetzt, „flächendeckende Sprachtests vor der Aufnahme in die Schule“ einzuführen und Kinder mit „großen Sprachdefiziten“ dazu zu verpflichten, ein Vorschuljahr oder einen Sprachkurs zu absolvieren. Grundsätzlich neu ist diese Ankündigung nicht, denn bereits jetzt werden Kinder vor dem Übertritt in die Schule auf ihre sprachlichen Fähigkeiten getestet. Grundlage hierfür sind die Beobachtungsbögen SISMIK und SELDAK. Ein Verfahren, das sich bislang bewährt hat. Kinder, die zusätzlichen Sprachförderbedarf aufweisen, erhalten hieran anschließend das Angebot, durch den Besuch des Vorkurses „Deutsch 240“ ihre Defizite aufzuholen. Die Vorkurse umfassen 240 Stunden und werden zu gleichen Anteilen von pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen und von Grundschullehrkräften durchgeführt.

Sowohl die Rückmeldungen aus der Fachpraxis in Kitas und Schulen als auch Anfragen der SPD-Fraktion (Drs. 18/26232; 19/118) zeigen jedoch, dass die angebotenen Stunden in den Vorkursen aufgrund fehlenden Personals rückläufig sind. Gab es im Schuljahr 2020/2021 noch 9 191 wöchentlich erteilte Stunden im Vorkurs „Deutsch 240“, waren dies im Schuljahr 2021/2022 noch 8 737 wöchentlich erteilte Stunden, im Schuljahr

2022/2023 noch insgesamt 7 771 wöchentlich erteilte Stunden. Und dies, obwohl der Bedarf grundsätzlich gestiegen ist.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Ziel des Koalitionsvertrages, verpflichtende Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn sowie daran anknüpfende Sprachfördermaßnahmen anzubieten, nur schwer umsetzbar. Zumal – wie eine ergänzende schriftliche Anfrage an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zeigt – viele Fragen noch offen sind, etwa ob die Vorkurse „Deutsch 240“ in ihrer jetzigen Form überhaupt bestehen bleiben (um dann entsprechend ausgeweitet zu werden)? Ob das letzte Kindergartenjahr kostenfrei sein wird, da der Besuch einer Sprachfördermaßnahme verpflichtend sein soll? Oder welches Ressort die politische Federführung für das Angebot übernehmen wird?

Um alle diese Fragen zu klären, wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag zügig ein Konzept zur geplanten Umsetzung vorzulegen. Vorrangiges Ziel sollte es jedoch zunächst sein, das bestehende Angebot der Vorkurse „Deutsch 240“ zu sichern, um Kindern, die jetzt Unterstützungsbedarf haben, ein entsprechendes Angebot machen zu können. Perspektivisch gilt es, das Unterstützungsangebot auszuweiten und die sprachliche Förderung in der Kita-Finanzierung fest zu verankern. Unausgegorene Ankündigungen sind hingegen wenig hilfreich.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Drs. 19/374**

**Statt unausgegorener Ankündigungen - Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“
sichern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Ankündigungen untermauern, Sprachförderung sichern, Konzept vorlegen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeitnah zum aktuellen Stand des Konzeptes zu berichten, wie das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel verpflichtender Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn sowie daran anknüpfender Sprachfördermaßnahmen umgesetzt werden soll.“

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatterin: **Melanie Huml**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 29. Februar 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl SPD

Drs. 19/374, 19/1524

Ankündigungen untermauern, Sprachförderung sichern, Konzept vorlegen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeitnah zum aktuellen Stand des Konzeptes zu berichten, wie das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel verpflichtender Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn sowie daran anknüpfender Sprachfördermaßnahmen umgesetzt werden soll.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher
V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über die Listennummer 5 der Anlage zur Tagesordnung, den Antrag von Abgeordneten der SPD betreffend "Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten für bayerische Kita- und Schulkinder", Drucksache 19/392, gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Satz 1 die Wörter "zu prüfen" durch die Wörter "dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten" ersetzt werden.

Wer dem Antrag auf Drucksache 19/392 mit der empfohlenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dem Antrag in der geänderten Fassung zugestimmt worden.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Queerfeindliche Sexaulklärung an bayerischen Schulen beenden!
Drs. 19/353, 19/1515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten
in Oberfranken
Drs. 19/354, 19/1516 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Statt unausgegorener Ankündigungen –
Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern
Drs. 19/374, 19/1524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen
Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!
Drs. 19/388, 19/1519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn,
Holger Grießhammer u.a. SPD
Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten
für bayerische Kita- und Schulkinder
Drs. 19/392, 19/1527 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! –
Staatsregierung muss sofort handeln
Drs. 19/416, 19/1517 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag des Abgeordneten Bernhard Seidenath CSU
Rasenschnitt künftig in NaWaRo-Biogasanlagen verwerten
Drs. 19/470, 19/1520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Reale Welt erleben statt digitale Isolation –
Mediennutzung in Kindertagesstätten reduzieren
Drs. 19/483, 19/1525 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Oskar Lipp,
Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Kosten für Tierwohl gerecht verteilen
Drs. 19/485, 19/1528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine flächendeckende und zuverlässige Versorgung
mit Telefon und schnellem Internet!
Drs. 19/493, 19/1521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Leistung muss sich wieder lohnen: Überstunden von der Einkommensteuer befreien und „kalte Progression“ abschaffen!
Drs. 19/494, 19/1514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen – Maßnahmen zum Schutz von Frauen unverzüglich umsetzen
Drs. 19/496, 19/1526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Handwerk stärken – Mittelstand fördern:
Fördermaßnahmen in Umbruchzeiten
Drs. 19/498, 19/1522 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antrag auf Anhörung zur Beschleunigung der Energiewende im Strombereich
Drs. 19/499, 19/1523 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
Drs. 19/725, 19/1518 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------